



Liebe Leserinnen,  
 vor der Sommerpause gab es frauenpolitisch viel Neues: Während unsere Frauenministerin für die Einführung der sog. Herdprämie streitet und damit tradierte Rollenbilder zementiert, hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz in die parlamentarische Beratung eingebracht und damit einen Schritt hin zu echter Gleichberechtigung getan.

In Sachsen-Anhalt haben wir uns vor allem mit den Möglichkeiten zur Einführung der „Anonymen Spurensicherung nach Sexualstraftaten“ beschäftigt, einen diesbezüglichen Antrag hat der Landesparteitag im letzten Jahr einstimmig beschlossen.

Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen und eine erholsame Sommerpause!

Eure Corinna Reinecke

### SPD bringt Gesetzentwurf für Entgeltgleichheit ein

Frauen verdienen in Deutschland nach wie vor durchschnittlich 23,2 Prozent weniger als Männer. Daher hat die SPD-Bundestagsfraktion einen **Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz** in den Bundestag eingebracht (Drs: 17/9781), der am 14.

Juni in erster Lesung beraten wurde.



*Eva-Maria Roßmann/Pixelio.de*

Er verpflichtet Privatwirtschaft und öffentliche Verwaltungsstellen mit mehr als 15 Beschäftigten dazu, ihre Entgeltstrukturen anonymisiert zu analysieren und zu prüfen, ob die Tätigkeiten von Frauen und Männern nach gemeinsamen Kriterien bewertet werden.

Das Ergebnis muss betriebsöffentlich gemacht und der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) mitgeteilt werden. Ergibt die Prüfung Hinweise auf Entgeltdiskriminierung, muss ein/e Sachverständige/r eine detaillierte Prüfung der betrieblichen Entgeltpraxis durchführen. Wird die Entgeltdiskriminierung bestätigt, erfolgt eine Anpassung der Gehälter nach oben, ggf. auch über einen Stufenplan in mehreren Schritten, sollte die wirtschaftliche Lage der Betriebe dies erfordern. Entscheidend ist dabei, dass die **Betriebe selbst die Entgeltdiskriminierung beseitigen** müssen. Die ADS überwacht das Verfahren und kann gegebenenfalls Bußgelder verhängen.

### Veranstaltung: Anonyme Spurensicherung nach Sexualstraftaten

Laut deutscher Polizeistatistik wurden im Jahr 2010 in Deutschland 46.869 Fälle von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gemeldet, davon 7.724 Fälle von Vergewaltigung oder schwerer sexueller Nötigung. Die Dunkelziffer bei sexualisierter Gewalt ist jedoch ungleich höher. Einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zufolge wird in nur rund 8 Prozent der Fälle auch Anzeige erstattet. **Angela Kolb, Justizministerin des Landes Sachsen-Anhalt**, erklärt sich die niedrigen Anzeigenquoten mit den besonderen Tatumständen. „Die Anzeigenquote ist bei unbekanntem Täter am höchsten, im sozialen Nahraum, d.h. bei einer engen Täter-Opfer-Beziehung, z.B. beim Ehemann oder dem Lebenspartner, am geringsten.“

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

Fortsetzung von Seite 1:

Etwa 85 bis 90 Prozent der Täter stammen aus dem persönlichen Umfeld des Opfers. Schamgefühl, sozialer Druck und Angst vor Einschüchterung sind hier besonders hoch. Für Opfer, die noch Zeit brauchen, bei der Polizei Anzeige zu erstatten, kann die sog. „Anonyme Spurensicherung nach Sexualstraftaten“ eine Alternative sein. „In den letzten Jahren sind bundesweit in verschiedenen Städten unterschiedliche Modelle der Anonymen Spurensicherung nach Sexualstraftaten eingerichtet worden“, erklärt die

**AsF- Landesvorsitzende Corinna Reinecke.** „Mit der Veranstaltung will die AsF daher ausloten, wie sich diese Modelle auch auf Sachsen-Anhalt übertragen lassen“, so Reinecke.

**Zum Hintergrund:** Von den Betroffenen wird in der seelischen Ausnahmesituation direkt nach einer Vergewaltigung Enormes verlangt: Sie müssen in den ersten Stunden nach der Tat, in denen sie kaum agieren können, Ermittler und Ärzte aufsuchen, den Behörden detailliert von der Vergewaltigung berichten und Beweismittel wie DNA-Spuren sichern lassen. „Traumatisierten Personen fällt das verständlicherweise sehr schwer“, erklärt **Susanne Hampe vom Frauennotruf Leipzig.** „Monate, manchmal Jahre brauchen die Betroffenen, um sich wieder zu stabilisieren. Sind sie dann stark genug für eine Anzeige, sind wesentliche Beweismittel meist unwiederbringlich verloren.“ Wird die Tat dennoch zur Anzeige gebracht, steht häufig Aussage gegen Aussage. Mithilfe der Anonymen Spurensuche nach Sexualstraftaten müssen die Betroffenen nicht sofort Anzeige erstatten, die relevanten Spuren werden dennoch durch geschultes medizinisches Personal gesichert. Anschließend wird das beweisfähige Material chiffriert und anonym aufbewahrt. So kann z.T. bis zum Ende der Verjährungsfrist noch Anzeige erstattet werden. Die AsF befürwortet diese Möglichkeit auch für Sachsen-Anhalt. „Die Anonyme Spurensicherung verschafft den betroffenen Frauen also Bedenkzeit, schafft die Möglichkeit, sich seelisch wieder zu stabilisieren, bevor sie die Frage beantworten können, ob sie die Tat anzeigen wollen“, erklärte Corinna Reinecke und kündigt weitere Gespräche an: „Wir müssen schauen, wie wir das auch hier umsetzen. Es wäre gut für die Opfer.“

Sarah Schulze



v.l.n.r.: Susanne Hampe, Angela Kolb, Corinna Reinecke

### **An diese Stellen kann man sich bei Bedarf wenden:**

Frauen in Not benötigen spezielle Hilfe. Schutz, fachkundige persönliche Beratung und individuelle Unterstützung finden sie in den rund 20 Frauenhäusern in Sachsen-Anhalt. Die **Adressen der Frauenhäuser** sind **anonym. Informationen** zu Frauenhäusern in Ihrer Nähe **erhält man z.B. über den Notruf der Polizei (110).**

Weitere Beratungsstellen gegen sexuelle Gewalt gibt es z.B. hier:

<b>Wildwasser Magdeburg</b>	Ritterstr. 1, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/ 2515417, E-Mail: info@wildwasser-magdeburg.de
<b>Wildwasser Halle</b>	Große Steinstr. 61-62, 06108 Halle, Tel. 0345/5230028, E-Mail: wildwasser-halle@t-online.de

<b>Wildwasser Dessau</b>	Törtener Str. 44, 06842 Dessau, Tel.: 0340/2206924, E-Mail: wildwasser-dessau@t-online.de
<b>Miß Mut Stendal</b>	Bruchstr. 1, 39576 Stendal, Tel.: 03931/210221, E-Mail: missmut.stendal@web.de
<b>Interventionsstelle Magdeburg</b>	Willhelm-Höpfner-Ring 4, 39116 Magdeburg, Tel.: 0391/6106226, E-Mail: interventionsstelle@gmx.de
<b>Interventionsstelle „Häusliche Gewalt &amp; Stalking“ Halle</b>	Zerbster Str. 14, 06124 Halle, Tel.: 0345/6867907, E-Mail: interventionsstelle-halle@web.de
<b>Interventionsstelle Dessau</b>	Törtener Str. 44, 06842 Dessau, Tel.: 0340/2165100, E-Mail: intervention.dessau@web.de

## Streit ums Betreuungsgeld

Weil die erste Lesung des umstrittenen Gesetzentwurfs zum Betreuungsgeld erst beim zweiten Versuch geklappt hat (der erste war wegen der Abwesenheit zu vieler Abgeordneter gescheitert), konnte das Betreuungsgeld nicht wie geplant vor der parlamentarischen Sommerpause beschlossen werden. Ab 2013 soll denjenigen Eltern, die ihre Kinder im Alter von ein bis drei Jahren nicht in öffentlichen Kitas betreuen lassen, eine monatliche Zahlung von zunächst 100 Euro gezahlt werden. Rund 1,2 Milliarden Euro soll das Betreuungsgeld jährlich kosten. Wie sinnvoll diese angelegt sind, ist heftig umstritten. So besteht die Gefahr, dass durch das Betreuungsgeld mehr Kinder, insbesondere aus einkommensschwachen Familien nicht an den Angeboten der frühkindlichen Erziehung und Betreuung teilhaben können. Darüber hinaus gefährdet das Betreuungsgeld wichtige Ziele der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik. Viele Mütter, die aufgrund des Betreuungsgeldes längere Zeit komplett aus dem Beruf aussteigen, werden am Ende draufzahlen, schon heute gestaltet sich der Wiedereinstieg ins Erwerbsleben nach der Elternzeit oft schwierig. Auch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften lehnen das Betreuungsgeld angesichts des bestehenden Fachkräftebedarfs ab. Gemeinsam mit der SPD fordern sie stattdessen, die Anzahl der Kindertagesstätten und Ganztagschulen zu erhöhen. Es wäre fatal, würde die Bundesregierung das umstrittene Gesetz tatsächlich gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchpeitscht. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.



*Helene Souza/Pixelio.de*

## Impressum:

**V.i.S.d.P.:** Corinna Reinecke  
**Redaktion:** Sarah Schulze  
**Anschrift:**  
 SPD-Landesgeschäftsstelle,  
 AsF-Landesverband  
 Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg

## Termine:

**07.08. und 04.09. 2012, 16:00 Uhr:** Politischer Runder Tisch der Frauen Magdeburg, Otto-von Guericke-Saal des Alten Rathauses, Alter Markt 6, 39104 Magdeburg  
**11. Oktober 2012, 18:00 :** AsF Magdeburg: Besuch des Frauenzentrums Courage der Fraueninitiative Magdeburg e.V., Karl-Schmidt-Straße 56, 39104 Magdeburg. **Anmeldung bitte bis 01.10.2012 per Mail an [asf@spd-magdeburg.de](mailto:asf@spd-magdeburg.de)**